

**DER POLITISCHE PARADIGMENBRUCH  
IN ÖSTERREICH  
Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen  
als demokratiepolitische Phänomene**

David CAMPBELL

Sonderdruck/Reprint No. 1

September 1991

Sonderdruck aus: SWS-Rundschau, 31. Jg., Heft 2/1991, S. 211-222.

Die in diesem Forschungsbericht getroffenen Aussagen liegen im Verantwortungsbereich des Autors/der Autorin (der Autoren/Autorinnen) und sollen daher nicht als Aussagen des Instituts für Höhere Studien wiedergegeben werden. Nachdruck nur auszugsweise und mit genauer Quellenangabe gestattet.

-----

All contributions are to be regarded as preliminary and should not be quoted without consent of the respective author(s). All contributions are personal and any opinions expressed should never be regarded as opinion of the Institute for Advanced Studies.

This series contains investigations by the members of the Institute's staff, visiting professors, and others working in collaboration with our departments.

---

# Der politische Paradigmenbruch in Österreich

## Bürgerinitiativen und Volksabstimmungen als demokratiepolitische Phänomene

David Campbell (Wien)

### 1. Einleitung: Was heißt Paradigmenbruch?

Das politische System Österreichs, nach 1945, galt immer als eines der stabilsten; gesehen in einem westeuropäischen Kontext. Das österreichische Elektorat, die österreichische politische Kultur insgesamt, sie charakterisierten sich durch ein system-konformes Verhalten, überraschend starke Pendelbewegungen bei Wahlen blieben aus. Auf der Oberfläche des politischen Systems manifestierte sich diese Konformität/Stabilität in drei Indikatoren: *Wahlbeteiligung*, *Organisationsdichte* (gleichbedeutend mit: wieviel Prozent der Österreicher auch Parteimitglieder sind) und *Parteienkonzentration*, d.h. wieviel Prozent der Wahlstimmen die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP auf sich vereinigen konnten.

Diese Stabilitäts-Merkmale des österreichischen politischen Systems, deren Leistungsfähigkeit erst in einem internationalen Vergleich voll bewußt wird (Sturm 1983: 478–479; Beyme 1984; Pelinka 1988: 35), führten in der sozialwissenschaftlichen Diskussion zu spezifischen Begriffsbildungen und Analysekonzepten. So etwa erarbeitet Adam Wandruszka (1954) das "Konzept der Lagerparteien in der versäulten Konkordanzdemokratie" (zitiert nach Plasser et al in der ÖZP 1987/3: 241; für eine interessante Rekonstruktion der Darstellungen von Wandruszka siehe auch Müller 1984). Weiters gibt es den Begriff des "eingefrorenen" Parteiensystems (Dachs 1988: 181) und von Anton Pelinka die Klassifikationen "Zweieinhalb-Parteiensystem" bzw. "hinkendes Dreiparteiensystem" (Pelinka 1981: 412), gekoppelt mit der Struktur stabiler parteipolitischer Lager.

Die späten 70er Jahre bilden für das politische System Österreichs eine wichtige Zäsur, weil hier die Stabilitätstendenz an einen Punkt gelangt, wo sie als Systemkriterium an Erklärungswert verliert: Es tritt ein *politischer Paradigmenbruch* ein, dahingehend, daß Stabilität und Parteienkonzentration einem reversen Prozeß zu unterliegen beginnen. Der Begriff Paradigmenwechsel soll dabei weniger einen plötzlichen Strukturbruch markieren, sondern mehr einen *systemischen Prozeß* implizieren. Zwei Daten sind hier von wichtiger Bedeutung und gehen über eine bloße

<b>Tabelle 1: Die Entwicklung der Parteienkonzentration SPÖ/ÖVP während der Nationalratswahlen 1945 bis 1990</b>			
<b>Phase 1</b> (1945–1975)		<b>Phase 2</b> (1979–1990)	
<i>Wahljahr</i>		<i>Wahljahr</i>	
1945	94,4%	1979	92,9%
1949	82,7%	1983	90,8%
1953	83,4%	1986	84,4%
1956	89,0%	1990	75,1%
1959	89,0%		
1962	89,4%		
1966	90,9%		
1970	93,1%		
1971	93,1%		
1975	93,3%		

*Leseweise:* Die Prozentzahlen sind die addierten Stimmenabgaben für SPÖ + ÖVP.

*Anmerkung:* Die FPÖ bzw. der VdU (WdU) kandidierten erst ab der NRW 1949.

*Quellen:* Für die NRWen 1945–1986: Mackie/Rose 1991; für die NRW 1990: Wiener Zeitung, selektierte Oktober 1990 Nummern.

Symbolik weit hinaus; 1978: In der ersten bundesweiten Volksabstimmung, die es jemals in Österreich gab seit der Einführung dieses Instrumentariums in der Verfassung (Brettschneider 1979: 1), lehnt die Mehrheit der Bevölkerung die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes (AKW) Zwentendorf ab. Und die Nationalratswahl 1979: Zwar kann die SPÖ ihr historisch bestes Wahlergebnis erzielen (51,02%) und damit noch einmal die Position einer absoluten Parlamentsmehrheit verteidigen; was jedoch den Stabilitätsindikator Parteienkonzentration betrifft, entwickelt sich dieser mit einem Wert von 92,9% bereits rückläufig (siehe dazu Tabelle 1).

Das Ziel meiner Analyse soll jetzt darin bestehen, den *Paradigmenbruch-Prozeß* zu erklären, jene Dynamikmomente nachzuzeichnen, die zu einem veränderten Wählerverhalten hinführten, sowie den Hintergrund und die Beweggründe für das Entstehen von Bürgerinitiativen zu rekonstruieren.

## 2. Die Ursachen der Dynamikprozesse

Die erste Phase des politischen Systems in Österreich war durch Konformitätsmerkmale gekennzeichnet, wie *Elitenkonsens* zwischen den etablierten Großparteien (ÖVP und SPÖ), eine *parteilpolitische Durchdringung* und damit auch parteipolitische Kontrolle der Gesellschaft ("Parteibuchwirtschaft"), die Entwicklung der Großparteien von der Basis der Klassenpartei in Richtung einer *allgemeinen Volkspartei* und einem fast schon überdehnten Vertretungsanspruch für die gesamte Gesellschaft,

mit der Implikation, daß sich der Volkspartei-Typus als Antwort auf die neuentstandene "politische Mitte" verstand. (Anmerkung: In der sozialwissenschaftlichen Diskussion erhielt der Volkspartei-Typus von Otto Kirchheimer das Etikett "Allerweltpartei" und von Anthony Downs "multipolicy party".) Will man die Funktion der Stabilitätsleistung des österreichischen Systems auf einen einzigen Nenner bringen, so könnte überspitzt die Folgerung heißen: *Die Stabilität schien der geeignete Rahmen und Garant dafür zu sein, der Wirtschaft ein optimales Umfeld für ihre Entwicklung zu bieten*; zuerst im Zeichen des ökonomischen Wiederaufbaues nach den Zerstörungen des 2. Weltkrieges, dann im Zeichen eines allgemeinen materiellen Wohlstandes und schließlich unter dem Anspruch der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit/Umverteilung während der SPÖ-Alleinregierungen ("Ära Kreisky", 1970–1983).

Kann nun das Jahr 1978 mit dem überraschenden Ausgang der Volksabstimmung über das AKW-Zwentendorf als symbolische Markierung für das politische System Österreichs gelten, so wird relativ schnell ersichtlich, daß es sich bei dieser "politisch-strukturellen" Wende auch um einen *Generationskonflikt* handelt. Die *ältere Generation* verfügt über den gemeinsamen Erfahrungshorizont von materiellem Elend in der Ersten Republik, Bürgerkrieg und Anschluß, überschattet noch von der Tragödie des 2. Weltkrieges. Deshalb schien ihr Primärinteresse zu sein: *Politik (parlamentarische Politik) in Form von Stabilität und Sicherheit*, sowie eine *materielle Kompensation* früherer Defizite. Dem konträr verhalten sich nun die Erfahrungen und Wahrnehmungen/Perzeptionen der *jüngeren Generation*. Einerseits ist für sie ein Wirtschaftssystem mit einer flächenabdeckenden materiellen Mindestversorgung keine politische Forderung mehr, sondern ein bereits vorgefundener Zustand, d.h. der Wohlstand der Mittelschichten deklariert sich als ein Ausgangspunkt ihrer Wahrnehmung. Präziser formuliert: Der Begriff und das Phänomen der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" spiegelt das materielle Niveau der prosperierenden Mittelschichten, zeigt aber auch auf die unterversorgte Situation von Randgruppen hin, deren Position sich wiederum während der 80er Jahre verschärft hat, mitbedingt durch einen neokonservativen Meinungstrend und einer undefinierten Rangreihung von gesellschaftlichen Prioritäten/Interessen. Andererseits wird die neue Generation, die sich beruflich erst etablieren muß, auch mit den "Nebenwirkungen" des Stabilitäts-Primates bewußter konfrontiert, wie: Ein Elitenkonsens, der es den Parteien partiell gestattete, die Wählerströme geschickt auszumanövrieren; die politische Kontrolle der Gesellschaft von oben-nach-unten über die "Parteibuchwirtschaft"; Inflexibilität und Trägheit, sowie eine allgemeine Insensibilität der Großparteien für neue Bedürfnisse und Probleme.

Auf einen Punkt gebracht, würde die Kritik lauten: *Stabilität bedeutet Verdrängung*. Deshalb findet sich das primär materielle Interesse bei der jüngeren Generation *erweitert* (d.h. nicht abgelöst) durch Forderungen nach *direkteren politischen Partizipationsmöglichkeiten* (auch als Aspekt von "persönlicher Selbstverwirklichung") und einer veränderten Einstellung zur *Umweltfrage* (Stichwort "ökologische Krise").

In einer interessanten Studie zeigt Fritz Plasser auf, wie Oberfläche und Tiefenstruktur des österreichischen politischen Systems miteinander revers (wider-

sprüchlich) gekoppelt sind (Plasser 1987: 179–181). Der extremen Stabilitätsleistung, ausgedrückt in den Faktoren der Wahlbeteiligung, Organisationsdichte und Parteienkonzentration, steht auf der Wählerseite ein Gefühl der "politischen Ohnmacht" gegenüber, d.h. der Wähler empfindet subjektiv ein Defizit hinsichtlich seiner Position, seinen Einflußmöglichkeiten über das Instrumentarium der Wahl hinaus auf gesellschaftliche Prozesse und die politische Ebene. Damit scheint die hohe Wahlbeteiligung auch mehr ein Indikator dafür zu sein, wie effizient die Parteien die österreichische Gesellschaft/Bevölkerung durchstrukturiert haben: Die Wahlmobilisierungskapazitäten der Parteien interpretieren sich als Loyalitätsmanifestationen der Wähler. Das Fazit daraus könnte lauten: Aus einem "Gehorsam" gegenüber seiner Partei geht der Österreicher, die Österreicherin, wählen.

Zur Analyse der neuentstandenen Dynamikeffekte in der Politik ist es notwendig, die Prozesse auf der *Parteienebene* und der *Wählerebene* parallel zu untersuchen, ihre strukturelle/funktionale Koppelung, sowie die Erosion der Großparteien in direkte Konfrontation zu setzen zu den veränderten Bedürfnissen und einer differenzierteren politischen Wahrnehmung durch die Wähler.

Auf der Parteienebene läßt sich die Erosion der Großparteien, im Sinne ihrer Verluste und Einbußen bei Wahlen, vor allem in zwei funktionalen Defiziten orten. *Erstens*: Die Entwicklung von einer Klassenpartei zu einer allgemeinen Volkspartei führte zu einem überdehnten Vertretungsanspruch, d.h. die Intention, für jeden Wähler potentiell attraktiv zu wirken, war ab einem gewissen Punkt nicht mehr realisierbar bzw. glaubwürdig genug. (Hier möchte ich gerne den Begriff der "Supermarkt-Partei"/"supermarket party" einführen.)

Es resultierten Unklarheiten hinsichtlich des Partei-Profiles und Images, charakterisiert durch das Dilemma: Je größer die Wähler-Zielgruppe sein sollte, desto unspezifischer und nicht-eindeutiger mußten sich oft die Aussagen gestalten. Außerdem trat zu der Zielunschärfe eine Innovationsträgheit der Großparteien hinzu, gefördert durch ihre Größe (und ihre bisherigen Erfolge), mit der Implikation, daß die Politik/Policy der Parteien immer weniger neuentstandene Bedürfnisse in der Bevölkerung abdeckte. Diese Kluft vergrößerte sich auch durch den Tatbestand, daß die Parteieliten oft der älteren Generation angehörten, aber ein wachsendes Segment der Bevölkerung auf Jungwählern mit einer Establishment-kritischen Einstellung basiert.

*Zweitens*: Der politische Elitenkonsens mit dem ausgeprägten Proporzsystem bewirkte eine extreme Machtverfilzung der Großparteien. Selbst während der SPÖ-Alleinregierungen war die ÖVP "Macht-präsent", auf der Landesebene (die "schwarzen Bundesländer") und in der Sozialpartnerschaft. Dazu kam noch die restriktive Rekrutierungsstrategie über den Kanal der "Parteibuchwirtschaft". Die langen Regierungsfunktionen führten zu natürlichen Abnützungerscheinungen und bildeten ein optimales "Soziotop" für Korruption und andere Fehlfunktionen. Der Elitenkonsens förderte die Korruption nach dem Motto: "Du deckst nicht meine Skandale auf, dafür schweige ich über deine." Die Eliten der österreichischen Großparteien waren sich darin einig, nicht zuviel öffentliche Transparenz in den "Hinterhöfen ihrer Macht" zuzulassen.

Die Dynamikprozesse auf der Wählerebene schufen Bedingungen, die den Politik-auffassungen der Großparteien entgegen liefen und deren Erosionserscheinungen einleiteten. Folgende Verschiebungen erzeugten veränderte Funktionsbeziehungen zwischen Wähler und Politik. *Erstens*: Die sozioökonomischen Umschichtungen führten zur Auflösung bzw. Erweichung der traditionellen Sozialmilieus, sprich den Lagerabgrenzungen. Der expandierende Tertiärsektor (Dienstleistungen) und die wachsende Zahl der Angestellten bildeten die Basis für die "neuen Mittelschichten". Infolge davon verliert der Milieu-verankerte Beweggrund des "class voting" an Bedeutung, in vielen Bereichen etabliert sich das "issue voting" zum dominanten Faktor, d.h. die entscheidenden Wahlmotive sind "Sachthemen" und die führenden "Persönlichkeiten" der Partieliten (Stichwort "Spitzenkandidaten"; so etwa erhielt während der Nationalratswahl 1990 der SPÖ-Spitzenkandidat Franz Vranitzky 560.789 Vorzugsstimmen, laut der Wiener Zeitung vom 13. Oktober 1990).

*Zweitens*: Es kommt zu einem Wertewandel in der Bevölkerung (Inglehart 1990). Die materialistische Ethik (primär wachstums- und konsumorientiert) wird durch *postmaterialistische Einstellungen* erweitert, was auf der individual-psychologischen Ebene häufig einen Mischtypus bewirkt. Dieser versteht sich nicht als Ablöse der materiellen Interessen insgesamt, sondern die Bedürfnisskala wird zusätzlich mit postmateriellen Issues geladen (zu solchen Ergebnissen kommt eine IFES-Studie, zitiert nach Traar/Birk 1988: 132). Dazu gehören vor allem: Eine Sensibilisierung der Umweltfrage (mit dem Wissen, daß einem rein quantitativen Wachstum auch Grenzen gesetzt sind), die Forderung nach einer verstärkten politischen Partizipation bzw. Mitbestimmung, sowie Begriffe wie "Selbstverwirklichung" und "weiche/harmonische Beziehungen" (Ulam 1984: 38–56).

*Drittens*: Eine wachsende *Nicht-Akzeptanz bestehender politischer Mißstände*, die sich als systemische Nebenwirkungen und Ausuferungen einer Politik interpretieren, die auf Elitenkonsens basiert, gekoppelt mit Proporzauteilungen und einer parteipolitischen Kontrolle der Gesellschaft (Parteibuch-Rekrutierung).

Dieses zunehmende Unbehagen der Wähler konnte Wolfgang Mantl in einem Wortspiel geschickt einfangen (Mantl 1988: 351). Er etikettierte das Unbehagen nicht als "Politikverdrossenheit" an sich, sondern gab ihm das Label "Politikerverdrossenheit". Und der Abgeordnete Peter Pilz von den Grünen meinte ironisch, in Anspielung auf die Parteibuchwirtschaft, daß die Parteien der Zweiten Republik "verstaatlicht" wurden (Pilz 1989: 75).

Die Auflösung der traditionellen Sozialmilieus und die Etablierung einer Nicht-Akzeptanz politischer Willkür durch den Staatsbürger implizierten eine Verschiebung der Wählerstruktur, das Zurückdrängen des "class voting" durch den Faktor "issue voting", was gleichbedeutend ist mit: *Stamm- bzw. Kernwähler verlieren an Gewicht und Wechsel- bzw. Protestwähler beeinflussen immer entscheidender das Wahlgesehehen*. Dadurch verläßt das Elektorat den Zustand von (relativer) Berechenbarkeit/Trägheit und pendelt sich auf einem Niveau mit erhöhter Flexibilität und Beweglichkeit ein ("Issue-Wähler" tendieren leichter zum wechselseitigen Wählen verschiedener Parteien als sozioökonomisch determinierte "Class-Wähler"). Wahlprognosen gestalten sich immer schwieriger (Weisz 1991). Folgendes Zahlen-

ten einer Volksabstimmung unterzogen werden. Der dafür notwendige formale Rahmen müßte noch gestaltet werden, um eine effiziente und produktive Anwendung von Volksbegehren/Volksabstimmungen zu gestatten. Die beiden Kleinparteien FPÖ und Grüne haben sich bereits auf dieser Linie positioniert. So verlangt die FPÖ in ihrem letzten Parteiprogramm (1985): "Ein Volksbegehren, das der Nationalrat abgelehnt hat, soll künftig unter bestimmten Voraussetzungen, als deren wichtigste eine zahlenmäßig besonders starke Unterstützung durch die Stimmberechtigten zu gelten hätte, einer Volksabstimmung zuzuführen sein." Und die Grünen forderten in einem offenen Kurzprogramm für die Nationalratswahl 1986: "Eine Volksabstimmung mit bindendem Ergebnis, wenn 100.000 Menschen ein Volksbegehren unterschreiben."

Die Großparteien, bei denen es sich um die Hauptnutznießer des bestehenden Systems handelt, reagierten recht reserviert auf solche Vorstellungen. Die SPÖ formulierte in dieser Frage primär "unverbindliche" Erklärungen (etwa im Parteiprogramm 1978 oder auch im Grundsatzpapier "Sozialdemokratie 2000" 1989), und bei der ÖVP gibt es nur halb-konsequente Schritte in diese Richtung; so etwa steht in ihrem Zukunftsmanifest (1985): "Volksbegehren, die von einer bestimmten Anzahl der Stimmberechtigten unterzeichnet werden, sollten nach Behandlung im Parlament verpflichtend einer Volksentscheidung unterzogen werden." Diese Forderung fand sich jedoch anderen Interessen einer "Großen Koalition" zwischen ÖVP und SPÖ geopfert (ab 1986), nachdem die SPÖ Widerstände dagegen signalisiert hatte.

Rückblickend betrachtet war das Engagement gegen das AKW-Zwentendorf jenes Schlüsselereignis, das der Entfaltung von Bürgerinitiativen, als neue Ausdrucksform von politischer Partizipation bzw. politischer Kultur, entscheidende Impulse gab und somit auch einem qualitativ neuen Demokratieverständnis Vorschub leistete. In der damaligen Konfliktkonstellation standen miteinander vernetzte Bürgerinitiativen einerseits der Macht des "Establishments" andererseits gegenüber: SPÖ-Alleinregierung und die Spitzen der Sozialpartnerschaft (ÖGB und Wirtschaftsbund).

Es war ein Konflikt, der in vielen Aspekten einem Konfliktmuster von *Basis gegen Elite* entsprach, und daraus wird auch klar, daß hier der "klassische" österreichische Konfliktlösungs-Mechanismus eines Elitenkompromisses, im Rahmen der Sozialpartnerschaft, nicht greifen konnte (die damaligen parlamentarischen Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ lehnten Zwentendorf ebenfalls ab). Die erzwungene Volksabstimmung, mit ihrem überraschenden Ausgang, bedeutete auch einen Durchbruch für Politikengagement von der Basis her. Bei einer Abstimmungsbeteiligung von 64,1% sprach sich (am 5. November 1978) eine Mehrheit von 50,5% gegen die Inbetriebnahme des AKW's Zwentendorf aus.

Unsere Konklusion daraus lautet: Die Auflösung der traditionellen Sozialmilieus und das wachsende Legitimations- bzw. Funktionsdefizit der Großparteien führten zu einer veränderten politischen Wahrnehmung durch den *Wähler*. Seine Kritik und Reaktion, interpretiert als *systemisches Feedback* (funktionale Rückkoppelung), kanalisieren sich über eine wachsende Unterstützung von Kleinparteien ("issue



voting"), die Bereitschaft, bei Wahlen die Partei zu wechseln, sowie eine Teilnahme an und Unterstützung von Bürgerinitiativen.

#### 4. Schlußwort: Zusammenfassung der Thesen

Im folgenden möchte ich noch einmal die wichtigsten Thesen zusammenfassen. Tabelle 2 soll dabei als ein Konflikt-Raster verstanden werden, der die verschiedenen Konfliktpotentiale kontrastierend darstellt.

Die erste Phase des politischen Systems in Österreich (nach 1945) ist extrem auf Stabilität ausgerichtet. Die Ursachen dieses Stabilitätsinteresses liegen begründet in den Erfahrungen einer "zentrifugalen Demokratie" während der Zwischenkriegszeit, mit dem Symptom der bipolaren Spaltung der Gesellschaft und dem Untergang des Parlamentarismus als letzte Konsequenz. Zur Kompensation davon ist die Anfangsphase der Zweiten Republik durch einen Stabilitätskonformismus geprägt, mit folgenden Merkmalen: ein Elitenkonsens der Parteien/Großparteien, aber mit strikten Lagerabgrenzungen ihrer "Infrastruktur" nach unten; eine im internationalen Vergleich extrem hohe Wahlbeteiligung, Organisationsdichte ("Parteibuchwirtschaft") und Parteienkonzentration (der Großparteien); SPÖ und ÖVP entwickeln sich von einer Klassen- bzw. Weltanschauungspartei in eine allgemeine Volkspartei – Otto Kirchheimer nennt solche Phänomene "Allerweltparteien" und Anthony Downs "multiparty parties" (Downs 1968; Mintzel 1984: 73–112); das "class voting" ist jene Wahl-Variable mit dem höchsten Erklärungswert.

Ende der 70er Jahre gerät Österreich in einen Transformationsprozeß, wo die Stabilitätsphase schrittweise in eine Dynamikphase übergeht. 1978, mit der Volksabstimmung über das AKW-Zwentendorf (die Mehrheit lehnt die Inbetriebnahme ab), kann dafür als symbolische Zäsur angesehen werden. Hier setzt eine "politisch-strukturelle Wende" an, ein *Systemprozeß*, mit der Reichweite und prinzipiellen Bedeutung eines *politischen Paradigmenbruches* für Österreich. Eine Reihe von Ursachen in der *gesellschaftlichen/politischen Umwelt* sind dafür verantwortlich.

Auf der *Parteienebene*:

- (1) Die Entwicklung in "allgemeine Volksparteien" impliziert überdehnte Vertretungsansprüche; die Großparteien verlieren an Profil, einer klaren Programmatik und Politik/Policy.
- (2) Der Elitenkonsens (z.B. in der Sozialpartnerschaft) und das Proporzsystem, sowie die langen Regierungszeiten (Bundes- und Länderebene) führen zu Abnützungerscheinungen der etablierten Großparteien und enttarnen sich als optimale "Soziotope" für Korruption.

Auf der *Wählerebene*:

- (1) In der Gesellschaft/Bevölkerung kommt es zu sozioökonomischen Umschichtungen, die traditionellen Sozialmilieus befinden sich in Auflösung. Sektoren (wie Landwirtschaft und Industrie) und Berufe (Bauern, Arbeiter), die sich mit den ursprünglichen "Lagerabgrenzungen" deckten, treten zurück, hingegen die Dienstleistungen und Angestellten (als Träger der "neuen Mittelschichten") gewinnen an Bedeutung. Sozioökonomisch wird eine "politische Mitte" abgesteckt.

<b>Tabelle 2: Die neuen Konfliktlinien des politischen Paradigmenbruch-Prozesses in Österreich</b>	
Großparteien .....	Kleinparteien
"supermarket parties" .....	"special-shop parties"
und "Allerweltparteien"	und Wähler-Bedürfnisnischen
"class voting" .....	"issue voting"
Stamm- und Kernwähler .....	Wechsel- und Protestwähler
Stabilität und Sicherheit .....	Dynamik und Transparenz
materielle Werte .....	materielle plus postmaterielle Werte
Parlamentarismus .....	Parlamentarismus plus
	Bürgerinitiativen und
	Volksabstimmungen
indirekte Demokratie .....	indirekte Demokratie erweitert
	durch direkt-demokratische/
	partizipatorische Instrumentarien

- (2) Es kommt zu einem Wertewandel, der ergänzend zu der "materialistischen Einstellung" (Interesse für Stabilität und Sicherheit) auch eine "postmaterielle Ethik" bildet; das bedeutet nicht die Aufgabe von materiellen Interessen, aber deren Erweiterung durch zusätzliche Forderungen wie "Umweltschutz", eine Intensivierung von "politischer Partizipation/Mitbestimmung", "persönlicher Selbstverwirklichung" und "weiche/harmonische Beziehungen".
- (3) Unterstützt werden solche Erscheinungen noch durch eine allgemein wachsende Nicht-Akzeptanz von bestehenden politischen Mißständen, wie Korruption und "Parteibuchwirtschaft".

Diese Prozesse bewirken, daß sich *die politische Wahrnehmung des Wählers und seine Verhaltensweisen/Wahlreaktionen verändern*. Es manifestieren sich neue Symptome auf der Wählerebene: Die klare Parteienidentifikation (ident mit einer "sozioökonomischen Lageridentifikation") nimmt ab, und damit auch das Segment der Stamm- bzw. Kernwähler; die Kritik am bestehenden Stabilitäts-System wird stärker; der Anteil der Wechselwähler/Protestwähler wächst. Die Wahlentscheidungen orientieren sich zunehmend an "Sachthemen" ("issues") und das Persönlichkeitsprofil der Parteieliten. Das "class voting" wird durch das "issue voting" strukturell zurückgedrängt.

Das ansteigende Kritikpotential der Wähler kanalisiert sich zweifach; *erstens*: innerhalb des konventionellen Partizipationsrahmens, d.h. der Wahl der Parlamente. Das Resultat besteht in empfindlichen Stimmeneinbußen der Großparteien (SPÖ/ÖVP), und damit gekoppelt der Verlust der realen Chance auf eine

absolute Parlamentsmehrheit. Kleinparteien erstarben und gewinnen an Bedeutung (FPÖ/Grüne), da diese sensibler sind im Aufspüren von *Wähler-Bedürfnissen* und verdrängten Problembereichen. *Zweitens*: Außerhalb des konventionellen Partizipationsrahmens entstehen Bürgerinitiativen als Ausdruck neuer politischer Mitbestimmungsformen. Bürgerinitiativen zeichnen sich durch ihre überparteilichen Plattformeigenschaften aus, mit der Forderung, daß ihre Ziele durch eine Volksabstimmung entschieden werden sollten. Das entspricht der Vorstellung, wonach Ergebnisse einer Volksabstimmung "echter und unverfälschter" sind als Parlamentsmehrheiten, die oft von nicht-transparenten bzw. "zufälligen" Faktoren abhängen.

Die Folge des veränderten Wählerverhaltens (interpretiert als *systemisches Feedback* der Wählerbasis) ist einerseits die Transformation Österreichs von einem "Zweieinhalb-Parteiensystem" in ein "strukturelles Vier-Parteiensystem", mit der zunehmenden Spaltung des mitte-rechts/rechts Spektrums durch die rechts-populistisch agierende FPÖ, sowie der parlamentarischen Etablierung einer Grün-Partei auf der "linken Seite". Andererseits entwickeln sich Bürgerinitiativen zu einem fixen Bestandteil des politischen Geschehens, vor allem durch die Sensibilisierung zweier Bereiche: "Ökologie" und "Demokratiereform". Eine potentielle zukünftige Stoßrichtung solcher Bewegungen und Strömungen ist die Stärkung des Instrumentariums "Volksabstimmung" insgesamt. (Wobei aber das Vorhandensein dieses *partizipatorischen Potentials* nicht bereits schon automatisch dessen Umsetzung bedeutet, da die etablierten politischen Systemstrukturen versuchen werden, sich dagegen zu wehren, und zum Teil auch erfolgreich.)

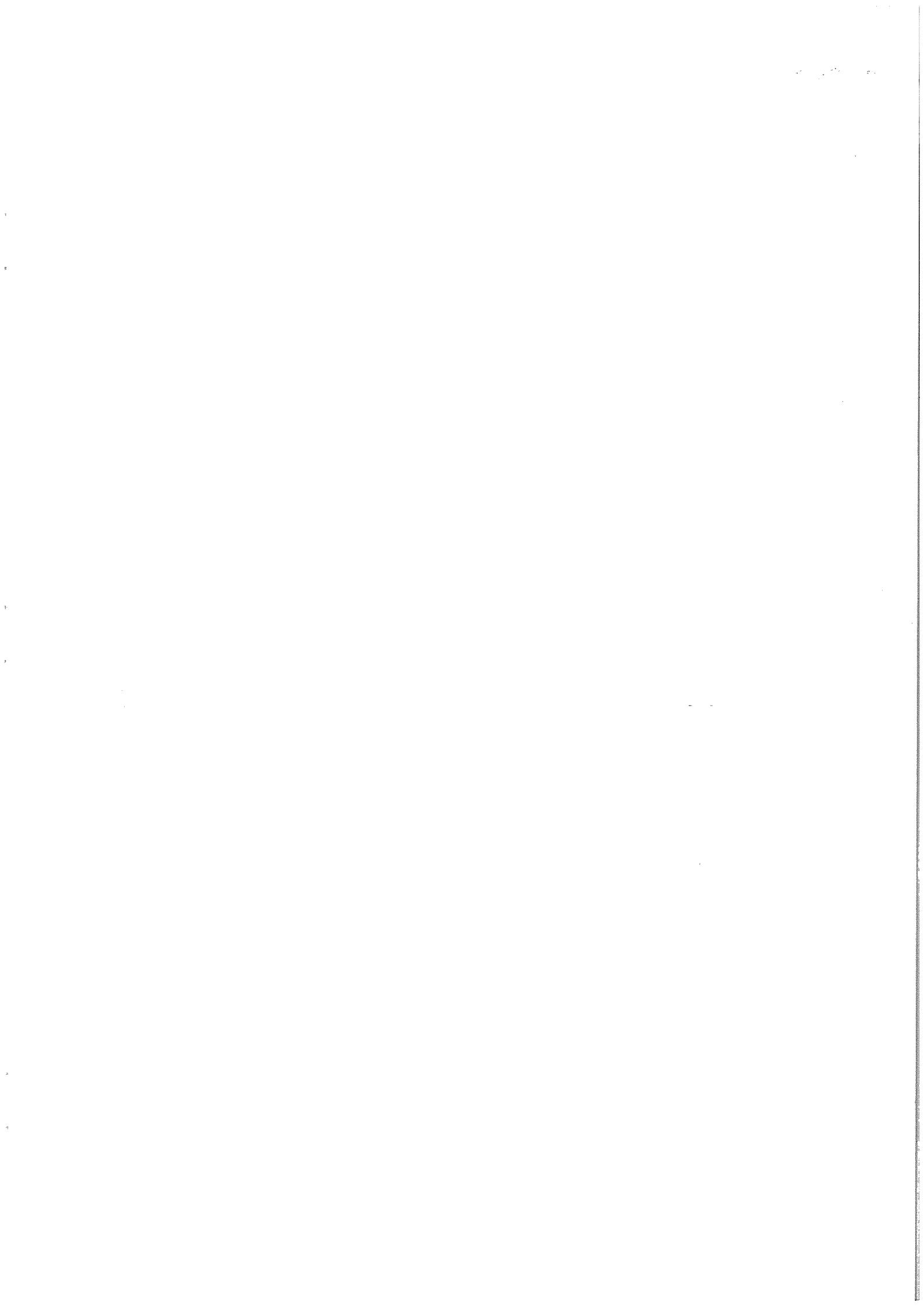
Das Engagement gegen die Atomenergie, und gegen das AKW-Zwentendorf im speziellen, war für die Mobilisierung/Aktivierung von Bürgerinitiativen eine wichtige Grunderfahrung. Die damalige Konfliktkonstellation entsprach in vielen Teilen einer Konfrontation zwischen *Basis* (vernetzte Bürgerinitiativen) und *Elite*: SPÖ-Alleinregierung und Sozialpartnerschaft. Diese Konstellation macht auch deutlich, daß hier der Mechanismus eines Elitenkompromisses, im Rahmen der Sozialpartnerschaft, nur schwer hätte greifen können und deshalb die Volksabstimmung "erzwingen" wurde – systemisch betrachtet.

*Der Prozeß des politischen Paradigmenbruches* in Österreich läßt sich auch als ein "Generationskonflikt" interpretieren. Die "ältere Generation", geprägt durch die Erfahrungen des Elends in der Ersten Republik und die Tragödie des 2. Weltkrieges, entschied sich für das Stabilitäts-Prinzip, weil dieses am optimalsten Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum zu gewährleisten schien. Hingegen die "jüngere Generation", deren Ausgangspunkt/Ausgangserfahrung bereits die Wohlstandsgesellschaft ist (bzw. die widersprüchlich strukturierte "Zwei-Drittel-Gesellschaft"), tritt für eine Erweiterung des "materiellen Interesses" ein, in Richtung "Umweltsensibilität" und "direktere politische Partizipationsmöglichkeiten".

In den 90er Jahren wird das politische System Österreichs verstärkt durch Dynamik-Merkmale herausgefordert sein; eine *intensivierte Konkurrenz der Parteien* und die "Etablierung" von *Bürgerinitiativen (und Volksabstimmungen)* als *neue demokratiepolitische Phänomene*.

## Literatur

- Beyme, K.v. (1984) *Parteien in westlichen Demokratien*. München.
- Brettschneider, R. (1979) "Wahlen und Wähler in Österreich 1978/79." Kohl, A./ A. Stirnemann (Hg.) *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979*: 1-15, Wien/München.
- Dachs, H. (1988) "Bürgerlisten und grün-alternative Parteien in Österreich." Pelinka, A./ F. Plasser (Hg.) *Das österreichische Parteiensystem*: 181-208, Wien.
- Downs, A. (1968) *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen.
- Inglehart, R. (1990) *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton.
- Mackie, T.T./ R. Rose (1991) *The International Almanac of Electoral History*. Washington, D.C.
- Mantl, W. (1988) "Reformtendenzen im österreichischen Parteiensystem." Pelinka, A./ F. Plasser (Hg.) *Das österreichische Parteiensystem*: 351-367, Wien.
- Mintzel, A. (1984) *Die Volkspartei: Typus und Wirklichkeit*. Opladen.
- Müller, W.C. (1984) "Lagerdenken in Österreich." *Politische Bildung - Zeitschrift für Erwachsenenbildung*, 6 (3-4): 12-17.
- Pelinka, A. (1981) "Österreich". Raschke, J. (Hg.) *Die politischen Parteien in Westeuropa*: 412-432, Hamburg.
- (1988) "Abstieg des Parteienstaates - Aufstieg des Parlamentarismus." Pelinka, A./ F. Plasser (Hg.) *Das österreichische Parteiensystem*: 35-52, Wien.
- Pilz, P. (1989) *Land über Bord - Kein Roman*. Wien.
- Plasser, F. (1987) *Parteien unter Streß: Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten*. Wien/Köln/Graz.
- / P.A. Ullram/ A. Grausgruber (1987) "Vom Ende der Lagerparteien. Perspektivenwechsel in der österreichischen Parteien- und Wahlforschung." *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 1987/3: 241-258.
- (1988) "Das österreichische Parteiensystem zwischen Erosion und Innovation. Eine empirische Langzeitanalyse." Pelinka, A./ F. Plasser (Hg.) *Das österreichische Parteiensystem*: 53-78, Wien.
- /Ullram, P.A. (1988) "Großparteien in der Defensive. Die österreichische Parteien- und Wählerlandschaft nach der Nationalratswahl 1986." Pelinka, A./ F. Plasser (Hg.) *Das österreichische Parteiensystem*: 79-102, Wien.
- Sturm, R. (1983) "Wahlbeteiligung." Schmidt, M.G. (Hg.) *Westliche Industriegesellschaften. Pipers Wörterbuch zur Politik, Band 2*: 475-481, München
- Traar, K./ F. Birk (1988) "Faktoren des Wählerverhaltens: Warum wählen Wähler in Österreich so wie sie wählen?" Pelinka, A./ F. Plasser (Hg.) *Das österreichische Parteiensystem*: 127-154, Wien.
- Ullram, P.A. (1984) "Grüne Politik in der Volkspartei." *Umdenken - Analysen grüner Politik in Österreich*: 38-56, Wien.
- Wandruszka, A. (1954) "Österreichs politische Struktur." Benedikt, H. (Hg.) *Geschichte der Republik Österreich*: 289-485, Wien.
- Weisz, T. (1991) *Überlegungen zu Wahlprognosen*. Wien (unveröffentlichtes IHS-Seminarpapier).





**PUBLIKATIONEN DES INSTITUTS FÜR HÖHERE STUDIEN**

**A. Forschungsberichte/Research Memoranda**

Preis: pro Band ÖS 180.00 plus Versandkosten, erscheinen in unregelmäßigen Abständen.

Eine Gesamtliste der Berichte seit 1966 erhalten Sie von der Bibliothek des Instituts für Höhere Studien.

**B. Workshop-Proceedings**

Preis: pro Band ÖS 180.00 plus Versandkosten, erscheinen in unregelmäßigen Abständen.

**C. Sonderpublikationen - Special Studies Series**

Preis: Unterschiedliche Preise plus Versandkosten.

**D. Sonderdrucke - Reprints**

Sonderdrucke erhalten Sie gratis.

Bestellungen für **A**, **B**, **C** und **D** richten Sie bitte an die Bibliothek des Instituts für Höhere Studien.

**E. Institutsarbeiten - Prognosen (Wirtschaft)**

Anfragen richten Sie bitte an die Direktion des Instituts für Höhere Studien.

**F. Zeitschrift - Empirical Economics**

A Quarterly Journal of the Institute for Advanced Studies, erscheint im Physica Verlag.

---

**Herausgeber, Verleger und Eigentümer:**

Institut für Höhere Studien  
Stumpergasse 56  
A-1060 Wien

Telefon (0222) 59 9 91  
Telefax (0222) 597 06 35

**Bankverbindung:**

Creditanstalt-Bankverein,  
Konto-Nummer: 23-74247

**PUBLICATIONS OF THE INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES**

**A. Forschungsberichte/Research Memoranda**

Price: per Volume AS 180.00 plus postage and handling, published in irregular intervals.

Please contact the Library of the Institute for Advanced Studies for a complete publication list since 1966.

**B. Workshop-Proceedings**

Price: per Volume AS 180.00 plus postage and handling, published in irregular intervals.

**C. Sonderpublikationen - Special Studies Series**

Price: Different prices plus postage and handling.

**D. Sonderdrucke - Reprints**

Reprints will be sent free of charge.

Orders for **A**, **B**, **C** and **D** should be sent to the Library of the Institute for Advanced Studies.

**E. Institutsarbeiten - Economic Forecasts**

Inquiries should be sent to the director's office of the Institute for Advanced Studies.

**F. Journal - Empirical Economics**

A Quarterly Journal of the Institute for Advanced Studies, published by Physica Verlag.

---

**Corporate Editor, Publisher:**  
Institute for Advanced Studies  
Stumpergasse 56  
A-1060 Vienna

Telephone (0222) 59 9 91  
Telefax (0222) 597 06 35

**Bank:**  
Creditanstalt-Bankverein,  
Account no. 23-74247



<b>Forschungsberichte/Research Memoranda</b>
--

No. 253	AUINGER, Karl	Anpassungstests für Survivalverteilungen. Januar 1989.
No. 254	KUNST, Robert M.	Prediction Threshold Filtering. July 1989.
No. 255	KUNST, Robert M.	Cointegration in Macroeconomic Systems: Seasonality and Explosive Roots. October 1989.
No. 256	JAEGER, Albert	Unit Roots, Persistence, and the Measurement of Prewar Output Series. October 1989.
No. 257	AMANN, Erwin MARIN, Dalia	Barter in International Trade: A Rationale. October 1989.
No. 258	PICHELMANN, Karl	Unemployment Dynamics, Wage Flexibility and the NAIRU in Austria. October 1989.
No. 259	MÜLLER, Werner G. PÖTSCHER, Benedikt M.	Batch Sequential Design for a Nonlinear Estimation Problem. November 1989.
No. 260	JAEGER, Albert PARKINSON, Martin	Testing for Hysteresis in Unemployment. An Unobserved Components Approach. November 1989.
No. 261	PASEKA, Angelika	Gefühle und Gefühlsarbeit. Dezember 1989.
No. 262	WATZDORF, Eike von WÖRGÖTTER, Andreas	Local and Global Shocks in Austria. A VAR Application. January 1990.
No. 263	RITZBERGER, Klaus VOGELSBERGER, Karl	The Nash Field. February 1990.
No. 264	AICHHOLZER, Georg FLECKER, Jörg SCHIENSTOCK, Gerd	Innovation, Uncertainty and Micro-Politics in Organizations. February 1990.
No. 265	BRANDNER, Peter KUNST, Robert M.	Forecasting Vector Autoregressions - The Influence of Cointegration. A Monte Carlo Study. February 1990.
No. 266	BALOG, Andreas CYBA, Eva	Geschlecht als Ursache von Ungleichheiten. Frauendiskriminierung und soziale Schließung. Mai 1990.

No. 267	JAEGER, Albert	Does Consumption Take a Random Walk? Evidence from Macroeconomic Forecasting Data. June 1990.
No. 268	FISCHER, Georg PICHELMANN, Karl	Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen beim früheren Dienstgeber. Empirische Evidenz für Österreich. Juli 1990.
No. 269	NEUDORFER, Peter PICHELMANN, Karl	Rationierungsgleichgewichte am österreichischen Arbeitsmarkt. Modell RAMA 1.0. September 1990.
No. 270	MÜLLER, Werner G.	Zur Versuchsplanung in Ökonomie und Ökonometrie. September 1990.
No. 271	KUNST, Robert M.	Seasonal Cointegration in Macroeconomic Systems: Case Studies for Small and Large European Countries. Oktober 1990.
No. 272	JAEGER, Albert	The Measurement and Interpretation of Structural Budget Balances. October 1990.
No. 273	JAEGER, Albert	Debt Neutrality, Finite Horizons, and Private Savings Behavior. November 1990.
No. 274	JAEGER, Albert KEUSCHNIGG, Christian	Wealth Effects of Public Debt in Open Economies. November 1990.
No. 275	MARIN, Dalia	Tying in International Trade: Evidence on Counter- trade. November 1990.
No. 276	RITZBERGER, Klaus	Customs Unions and Economic Communities: Some Examples. December 1990.
No. 277	CAVES, Richard E. MARIN, Dalia	Countertrade Transactions: Rationales, Structure, Outcomes. January 1991.
No. 278	ALT, Raimund	Multiple Test Procedures and the Closure Principle. A New Look at Multiple Hypotheses Testing in the Linear Regression Model. March 1991.
No. 279	MILNE, Frank RITZBERGER, Klaus	On the Costs of Issuing Shares. April 1991.
No. 280	BAUBÖCK, Rainer	Immigration and the Boundaries of Citizenship. April 1991.
No. 281	MÜLLER, Werner G.	Optimal Design for Moving Local Regressions. May 1991.

- No. 282      HEINZL, Harald      An Assessment of the Accuracy of the Least Squares Procedures of Several Computer Software Packages. June 1991.
- No. 283      HARVEY, Andrew C.  
JAEGER, Albert      Detrending, Stylized Facts and the Business Cycle. June 1991.



**Workshop-Proceedings**

- |       |  |  |
|-------|--|--|
| No. 1 | KUNST, Robert M. (Ed.)                       | Time Series Modelling in Economics.<br>November 1987.  |
| No. 2 | JAEGER, Albert (Ed.)<br>NEUSSER, Klaus (Ed.) | Applied Aggregate Consumption Theory.<br>October 1988. |



**Sonderpublikationen – Special Studies Series**

FORSTER, Rudolf  
PELIKAN, Jürgen M.

Patientenversorgung und Personalhandeln im  
Kontext einer psychiatrischen Sonderanstalt.  
Dezember 1978.  
Band I, II, Zusammenfassung und Reformprogramm.  
ÖS 220.00 pro Band.

KRAMMER, Josef  
SCHEER, Günter  
u.a.

Das österreichische Agrarsystem.  
Jänner 1979  
ÖS 160.00

KREISKY, Eva

Alternative Strategien der Organisation staatlichen  
Handelns.  
Mai 1979.  
ÖS 240.00

FORSTER, Rudolf  
u.a.

Normalisierung oder Ausschließung – über die  
Berufsfindung und das Lebensschicksal von  
Sonderschulabgängern.  
Februar 1981.  
ÖS 220.00

GLATZ, Hans  
SCHEER, Günter

Neue Entwicklungsstrategien für struktur-  
schwache ländliche Regionen.  
März 1981.  
ÖS 240.00

CHRISTL, Josef  
WAGNER, Michael

Geschlechtsspezifische Einkommensunter-  
schiede.  
Februar 1981.  
ÖS 240.00

FISCHER-KOWALSKI, Marina  
u.a.  
STEINERT, Heinz  
(Projektleiter)

Polizei und Öffentlichkeit.  
Jänner 1982.  
ÖS 240.00

FASSBINDER, Helga  
FÖRSTER, Wolfgang

Stadterneuerung in Rotterdam.  
Stadterneuerung in Wien.  
April 1982.  
Politikwissenschaftliche Serie 1/1982  
ÖS 240.00

KREISKY, Eva  
WIMMER, Hannes

Dokumentation der Verwaltungsforschung in  
Österreich.  
Dezember 1982.  
Politikwissenschaftliche Serie 2/1982  
ÖS 160.00

NARR, Wolf-Dieter

Strukturdefizite der parteienstaatlichen/  
parlamentarischen Demokratie und mögliche  
Alternativen.

Oktober 1983.

Politikwissenschaftliche Serie 3/1983

ÖS 185.00



**Empirical Economics,**  
A Quarterly Journal of the Institute for Advanced Studies,  
erscheint im Physica Verlag.



ISSN 0377-7332

Title No. 181

**Editors:** W. Franz, Konstanz; B. Raj, Waterloo; A. Wörgötter, Wien

**Editorial Board:** H. Abele, Wien; G. Basevi, Bologna; R. Bentzel, Uppsala; B. Böhm, Wien; R. M. Coen, Evanston; M. Deistler, Wien; W. Eichhorn, Karlsruhe; H. Frisch, Wien; L. R. Klein, Philadelphia; H. König, Mannheim; W. Krelle, Bonn; P. Kukkonen, Helsinki; J. Lambelet, Lausanne; J. Mairesse, Paris; R. C. Marston, Philadelphia; W. Oberhofer, Regensburg; K. Rothschild, Linz; M. Saito, Kobe; G. Schwödiauer, Bielefeld; H. Seidel, Wien; H. Theil, Gainesville

**Empirical Economics** is a quarterly international journal which aims to publish interesting papers of high quality dealing with the confrontation of relevant economic theory with observed data through the use of adequate econometric methods. Papers may cover topics like estimation of established relationships between economic variables, testing of hypothesis derived from economic theory, policy evaluation, simulation, forecasting, methodology, econometric methods and measurement. Preference is given to contributors about industrialized market economies. Contributions dealing with developing and non-market economies should be of interest for non-specialists in these fields. Papers including international comparisons are given high priority. Shorter papers, notes and comments are also welcome.

Authors are expected to cooperate in case readers, editors or referees should want to replicate results reported in submitted contributions. Both positive and negative results of replication efforts may be published in **Empirical Economics**.

**Fields of interest:** Political economics, econometrics, applied statistics.

**Abstracted/Indexed in:** Contents of Recent Economics Journals, Geographical Abstracts: Human Geography, International Development Abstracts, Journal of Economic Literature.

**Subscription Information:**

1989, Vol. 14 (4 issues) DM 248,- plus carriage charges  
1990, Vol. 15 (4 issues) DM 275,-\* plus carriage charges

\* Higher price due to increased number of pages (25%) per volume



1.1 Ökonometrie; *Econometrics*

W. Krämer, University of Dortmund (Ed.)

**Econometrics of  
Structural Change**

1989. X, 128 pages. 6 figures. Hard cover DM 85,-.  
ISBN 3-7908-0432-0

(Studies in Empirical Economics)

This volume presents a selection of research papers on testing for structural change in econometric models. It also includes a comprehensive bibliography of this rapidly growing area of methodological research. The papers in this volume both extend and generalize established tests (Chow test, CUSUM test), and introduce novel procedures such as Bayesian methods which have not been widely used before. Readers will find the book valuable as an up to date survey of the state of the art in testing for structural change.

**NEW**

A. Ullah, University of Western Ontario, Canada (Ed.)

**Semiparametric and Nonparametric  
Econometrics**

1989. VIII, 172 pages. 12 figures. Hard cover DM 120,-.  
ISBN 3-7908-0418-5

(Studies in Empirical Economics)

The focus of research in this book is to develop the ways of making semiparametric/nonparametric techniques accessible to applied economists. While the papers by H. Bierens, J. Horowitz and R. C. Tiwari et al. deal with semiparametric techniques, the papers by Y. Hong and A. Pagan, J. S. Marron, G. Moschini et al., B. Raj and P. L. Siklos, D. Scott and H. P. Schmitz and A. Ullah deal with the nonparametric techniques.

**NEW**

A. Katterl, K. Kratena, Wien

## Reale Input-Output Tabelle und ökologischer Kreislauf

1990. VIII, 114 S. 5 Abb. 24 Tab. (Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Bd. 39)  
Brosch. DM 55,- ISBN 3-7908-0515-7

Die methodische Erfassung und Verknüpfung von wirtschaftlicher Aktivität und ihren Umweltwirkungen ist Thema dieses Bandes. Für Österreich wird zudem empirisch ein Bereich aufgearbeitet, der bisher - wenn überhaupt - nur durch vage Schätzungen erfaßt wurde. Methodische Grundlagen sind die Input-Output Analyse und der Materialbilanzansatz. Beide Konzepte sind schon des längeren bekannt. Allerdings erfolgte bis jetzt noch keine konsequente Umsetzung mit empirischen Daten. Mit der vorliegenden Arbeit wird diese Lücke für einen wichtigen Bereich der österreichischen Wirtschaft, nämlich für die Industrie und die Landwirtschaft, geschlossen. Die breit angelegten statistischen Auswertungen ermöglichen eine umfassende ökologische Beurteilung von Produktionsprozessen der Wirtschaft.

November 1990

Physica-Verlag

### Physica-Verlag

Bitte bestellen Sie bei  
Ihrem Buchhändler oder

Ich bestelle hiermit \_\_\_\_\_ Expl.

**Katterl/Kratena:**

**Reale Input-Output Tabelle und ökologischer  
Kreislauf**

DM 55,- ISBN 3-7908-0515-7

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

Rechnung/Vorausrechnung

Kreditkarte:

Visa/Barclaycard/BankAmericard

Eurocard/Access/MasterCard

Diners Club       American Express

Nummer \_\_\_\_\_ Gültig bis \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Physica-Verlag  
c/o Springer GmbH & Co.  
Auslieferungs-Gesellschaft  
Haberstraße 7

D-6900 Heidelberg-Rohrbach

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_ 10/90

Preisänderungen vorbehalten

**Economics; Statistics**

Of interest to researchers. – Level: Proceedings

---

W. KRÄMER, University of Dortmund, FRG (Ed.)

## **Econometrics of Structural Change**

(**Studies in Empirical Economics**, Eds.: W. Franz, B. Raj,  
A. Wörgötter)

1989. X, 128 pp. Hard cover DM 85,–. ISBN 3-7908-0432-0

This volume presents a selection of research papers on testing for structural change in econometric models. It also includes a comprehensive bibliography of this rapidly growing area of methodological research. The papers in this volume both extend and generalize established tests (Chow test, CUSUM test), and introduce novel procedures such as Bayesian methods which have not been widely used before. Readers will find the book valuable as an up to date survey of the state of the art in testing for structural change.

**Publication date: May/June 1989**

**Physica-Verlag**

P. Mitter, A. Wörgötter, Wien (Hrsg.)

## Austro-Keynesianismus

Festschrift für Hans Seidel zum 65. Geburtstag

1990. VI, 102 S. 8 Abb. (Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge, Bd. 38) Brosch. DM 55,-  
ISBN 3-7908-0514-9

Die wirtschaftliche Sonderentwicklung Österreichs bis zu Beginn der achtziger Jahre erregte mehr Aufsehen, als es dem kleinen Anteil am weltweiten Wirtschaftsgeschehen entsprochen hätte. Die Überwindung der Inflation ohne nennenswerten Anstieg in der Arbeitslosenrate, die rasche Beseitigung von Leistungsbilanzproblemen und ein überdurchschnittliches Wachstum wurden einerseits mit den durch die Sozialpartnerschaft zusammenhängenden stabilen Rahmenbedingungen und andererseits mit einem speziellen "policy-mix" in Zusammenhang gebracht. Gegen Ende dieser Periode erhielt diese Kombination auch ihren Namen: Austro-Keynesianismus.

Hans Seidel spielte in diesem Zusammenhang eine typisch österreichische Rolle. In verschiedenen Funktionen übernahm er Aufgaben und Positionen, die er in meisterhafter Weise persönlich integrieren konnte. In der akademischen Diskussion prägte er den Begriff des Austro-Keynesianismus.

In diesem Band sind Beiträge österreichischer Autoren (Helmut Kramer, Stephan Koren, Herbert Ostleitner, Karl Socher, Erich Streissler, Gunther Tichy) enthalten, die sich sowohl mit den Beiträgen von Hans Seidel, als auch der inhaltlichen Interpretation des Austro-Keynesianismus auseinandersetzen.

November 1990

## Physica-Verlag

Bitte bestellen Sie bei  
Ihrem Buchhändler oder

Ich bestelle hiermit \_\_\_\_\_ Expl.  
**Mitter/Wörgötter (Hrsg.):**  
**Austro-Keynesianismus**

DM 55,- ISBN 3-7908-0514-9

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

Rechnung/Vorausrechnung

Kreditkarte:

Visa/Barclaycard/BankAmericard

Eurocard/Access/MasterCard

Diners Club  American Express

Nummer \_\_\_\_\_ Gültig bis \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

Anschrift \_\_\_\_\_

Physica-Verlag  
c/o Springer GmbH & Co.  
Auslieferungs-Gesellschaft  
Haberstraße 7

D-6900 Heidelberg-Rohrbach

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_ 10/90

Preisänderungen vorbehalten